



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.

Aktuell seit 25.04.2024 16:36:40

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000810
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	25.04.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	17.04.2024
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Kochstraße 6-7 10969 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493072619990 E-Mail-Adressen: info@bvbaustoffe.de Webseiten: www.baustoffindustrie.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

430.001 bis 440.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

1,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Dominik von Achten**
Funktion: Präsident

2. **Thomas Bremer**
Funktion: Vizepräsident

3. **Dr. Erwin Kern**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Dr. Matthias Frederichs**
2. **Christian Engelke**
3. **Tanja Lenz**
4. **Wolf Müller**
5. **Dr. Berthold Schäfer**
6. **Luke Voutta**
7. **Ivonne Arenz**
8. **Adam Aach**

Gesamtzahl der Mitglieder:

29 Mitglieder am 11.03.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (11):

1. Bundesverband der Deutschen Industrie
2. Deutsches Verkehrsforum
3. Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb
4. Forum für Zukunftsenergien
5. Gesprächskreis Baustofffachhandel / Baustoffindustrie
6. Pro Mobilität
7. Wirtschaftsforum der SPD
8. Wirtschaftsrat der CDU
9. Gesellschaft für Umweltrecht e.V.
10. Energieintensive Industrien in Deutschland
11. Impulse für den Wohnungsbau

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (16):

Allgemeine Energiepolitik; Sonstiges im Bereich "Energie"; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Bauwesen und Bauwirtschaft; Wohnen; Öffentliches Recht; Zivilrecht; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Güterverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden, bbs, ist der Dachverband der mineralischen Roh- und Baustoffindustrie. Mitglieder des bbs sind 15 Fachverbände, die die Subsektoren der Branche repräsentieren, sowie vier Direktmitglieder und 10 außerordentliche Mitglieder.

Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie gewinnt mineralische Rohstoffe und verarbeitet diese zu hochwertigen Vorprodukten für die Bauwirtschaft und weitere Abnehmer z.B. in der Chemie- oder Stahlindustrie.

Die Branche setzt neben Primärrohstoffen in hohem Maße Sekundärrohstoffe ein und umfasst folgendes Produktportfolio:

- Rohstoffe wie Kies, Sand, Natur-, Kalk-, Gipsstein, Ton, Kaolin, Recycling-Körnung, REA-Gips, Flugasche, Eisenhüttenschlacke
- Grundstoffe bzw. Bindemittel: Gips, Kalk und Zement
- Bauprodukte: Beton/Betonbauteile, Gipsplatten, Kalksandstein, Leicht- und Porenbeton, Mineralwolle, Mörtel/Putz, Naturwerkstein
- Keramische Produkte: Ziegel, Fliesen, Feuerfestkeramik.

Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie sichert direkt 150.000 qualifizierte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Deutschland. Trotz partiell starker Internationalisierung ihrer Unternehmen leistet die Branche überall einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung.

Insgesamt erzielen 6.000 kleine, mittlere und große Betriebe in Deutschland einen Jahresumsatz von 40 Mrd. Euro.

Mit modernen Produktionsprozessen und Produkten leistet die Branche einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Um Arbeitsplätze sichern zu können, braucht sie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Dazu gehören eine vorsorgende Sicherung heimischer Rohstoffe sowie eine zukunftsweisende Umwelt-, Klima- und Energiepolitik. Der bbs setzt sich zudem für eine bedarfsgerechte Entwicklung der Infrastruktur sowie für bessere Investitionsanreize im Wohnungsbau und bei der energetischen Sanierung von Immobilien ein.

Der bbs steht für einen gelungenen umweltpolitischen Dialog von Industrie, Umweltverbänden und Gewerkschaften. So hat er bereits 2004 eine gemeinsame Erklärung zur nachhaltigen

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Nature Restoration Law

Beschreibung:

Das NRL als einer der Bausteine des europäischen Green Deal.

Das Trilogergebnis des NRL:

- führt zu einer Überregulierung bestehender Rechtsetzung, namentlich der FFH Richtlinie,
- sieht keinerlei Finanzierung seitens der EU vor und bedeutet somit, dass die Mitgliedstaaten dafür aufkommen müssen,
- führt zu mehr Bürokratie durch die Notwendigkeit einer Erstellung eines nationalen Wiederherstellungsplanes, den die Mitgliedsstaaten bei der EU-Kommission zur Genehmigung vorlegen müssen,
- führt mittelfristig zu Produktionseinschränkungen u.a. durch weniger nutzbare Flächen mit entsprechenden Auswirkungen auf die nachgelagerte Wertschöpfungskette, insbesondere die Bioökonomie,
- fordert die Einhaltung von Indikatoren, die sich an der Vergangenheit und nicht an der Zukunft orientieren.

Interessenbereiche: Artenschutz/Biodiversität

2. Soil Monitoring Law

Beschreibung:

Die geplante Richtlinie soll sicherstellen, dass sich europäische Böden bis spätestens 2050 in einem gesunden Zustand befinden. Dies soll u. a. durch die regelmäßige Überwachung der Bodengesundheit, die Festlegung nachhaltiger Bodenbewirtschaftungspraktiken und die Vermeidung von Landinanspruchnahmen, die die Bodenqualität verschlechtern, erreicht werden.

Betroffenes geltendes Recht: BBodSchG

Interessenbereiche: Artenschutz/Biodiversität, Immissionsschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"

3. Kohlendioxid-Speicherungsgesetz sowie zu den Eckpunkten der Carbon Management-Strategie

Beschreibung:

Mit dem Referenten-Entwurf sollen wesentliche Hürden für die Anwendung von CCUS und den Aufbau einer CO₂-Transportinfrastruktur in Deutschland beseitigt werden. Parallel hat das BMWK erste Eckpunkte der Carbon Management Strategie (CMS) vorgestellt.

Referentenentwurf: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Datum der Veröffentlichung: 26.02.2024

Zuständiges Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Betroffenes geltendes Recht: KSpG

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2403220002

Adressatenkreis:

Versendet am 21.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der RED III im Bereich Windenergie an Land und Solarenergie**

Beschreibung:

Die Einführung von Beschleunigungsgebieten für Wind- und Solarenergie wie auch für Solarthermie ist ein sinnvoller Schritt in Richtung Verfahrensverkürzung bzw. -vereinfachung. Der Referentenentwurf führt eine Sonderregelung für Solarenergiegebiete ein. Dieses verkürzte Planverfahren tritt neben die Möglichkeit der Aufstellung von Bebauungsplänen, die den Gemeinden weiterhin offensteht.

Für die Rohstoffgewinnung benötigen wir zusätzlich eine spezielle Außenbereichsprivilegierung für Floating- und Freiflächen- Photovoltaikanlagen im Zusammenhang mit Gewinnungsstätten gem. § 35 BauGB.

Referentenentwurf: Gesetz zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie im Bereich Windenergie auf See und Stromnetze (zum Vorgang)

Datum der Veröffentlichung: 01.02.2024

Zuständiges Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Betroffenes geltendes Recht: WindBG

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404220002

Adressatenkreis:

Versendet am 10.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

5. Referentenentwurf zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD)

Beschreibung:

Die Vorgaben der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und der damit verbundenen European Sustainability Reporting Standards (ESRS) weisen einen hohen Komplexitätsgrad auf und sind mit einem enormen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen der Baustoff-Steine-Erden-Industrie verbunden. Es ist deshalb grundsätzlich positiv zu bewerten, dass der Referentenentwurf im Wesentlichen eine 1:1-Umsetzung der Vorgaben vorsieht. Der administrative Aufwand und die Kosten für die Berichterstattung müssen jedoch im Blick gehalten werden. Demzufolge sollte das Wahlrecht bzw. der Ermessensspielraum für Mitgliedstaaten gemäß der CSRD entsprechend berücksichtigt werden.

Referentenentwurf: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (zum Vorgang)

Datum der Veröffentlichung: 22.03.2024

Zuständiges Ministerium: Bundesministerium der Justiz (BMJ)

Betroffenes geltendes Recht: HGB, AktG

Interessenbereiche: Industriepolitik, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404220005

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ)

6. Gesetz über Energiedienstleistungen

Beschreibung:

Der Entwurf eines Artikelgesetzes zur Änderung des Gesetzes über Energiedienstleistungen und andere Effizienzmaßnahmen sowie zur Änderung des Energieeffizienzgesetzes dient der zwingend erforderlichen Anpassung des innerstaatlichen Rechts, insbesondere an die Vorgaben des Artikel 11 EED-Neufassung.

Betroffenes geltendes Recht: EnEfG

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Industriepolitik, Klimaschutz

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404240009

Adressatenkreis:

Versendet am 18.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Gesamtsumme:

1.930.001 bis 1.940.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Bundesverband Mineralische Rohstoffe e. V.
2. Verein Deutscher Zementwerke e. V.

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

EUR-2022_LR.pdf